



**Antrag Nr. 11  
der Fraktion ÖAAB/Christliche Gewerkschafter  
an die 169. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**

**Dienst - und Besoldungsreform der Stadt Wien nicht zu Lasten der Beschäftigten**

**Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Stadt Wien auf, im Zuge der aktuellen Dienst- und Besoldungsreform auf den Abbau von Dienstposten zu verzichten und eine Mehrbelastung der Bediensteten zu vermeiden.**

**Begründung:**

Die aktuelle Dienst- und Besoldungsreform der Stadt Wien führt zu einer flacheren Gehaltskurve mit höheren Einstiegsgehältern und einer geringeren Steigerung während des Erwerbslebens. Dies führt vorübergehend zu höheren Personalkosten und erst mittelfristig zu Einsparungen.

Obwohl die Personalkosten nur vorübergehend steigen, ist geplant, etwa 3.150 Vollzeitäquivalente abzubauen und jeden zweiten freiwerdenden Dienstposten verzögert nach zu besetzen. Bei Umsetzung dieser Pläne käme es zu unerträglichen Mehrbelastungen der Bediensteten, weil der Leistungsumfang gleich bleibt, die Arbeit aber von weniger Beschäftigten erbracht werden müsste.

Es darf zu keiner Mehrbelastung der Bediensteten der Stadt Wien kommen!  
Keine Reduktion von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei gleichbleibenden Leistungsanforderungen!

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	<b>Ablehnung X</b>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	--------------------	-------------------------------------	--------------------------------------